

Es braucht einen neuen Univertrag

Der Baselbieter Landrat will bei der Neuverhandlung des Staatsvertrags mitreden

Von Thomas Dähler

Liestal. Basel-Stadt und Baselland werden einen neuen Universitätsvertrag aushandeln müssen. Daran vermag auch der viel diskutierte 80-Millionen-Deal zwischen den beiden Basel nichts zu verändern. Die Geschäftsleitung des Landrats stellt sich mit sechs zu drei Stimmen hinter ein Verfahrenspostulat von Hanspeter Weibel (SVP). Mit dem Vorstoss erhält die Geschäftsleitung den Auftrag, die Bildung einer Begleitkommission zur Neuverhandlung der Staatsverträge zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel vorzubereiten. Eingereicht worden ist der Vorstoss noch vor der Vereinbarung der beiden Regierungen über die 80-Millionen-Zahlung. Am Donnerstag steht er jetzt auf der Traktandenliste.

Weibel überrascht der deutliche Entscheid der Geschäftsleitung des Landrats nicht: «Ich finde es wichtig, dass auch das Parlament dem Regierungsrat in dieser Frage den Rücken stärkt und signalisiert, dass die Vereinbarungen – nicht nur zur Universität – mit dem Kanton Basel-Stadt einer Überprüfung bedürfen.» Damit zeichnet sich ab, dass der zurzeit noch gültige Universitätsvertrag spätestens Ende 2021 ausläuft. Bisher haben die beiden Regierungen nur angekündigt, sie wollten eine gemeinsame Strategie für die Universität entwickeln. Heute verfügt nur Basel-Stadt über eine Universitätsstrategie. Im Baselbiet hat der frühere Bildungsdirektor Urs Wüthrich zwar einst eine kantonale Strategie angekündigt, aber nie eine vorgelegt.

Zuerst ein neuer Leistungsauftrag

Weibel, der die Geschäftsprüfungskommission des Landrats präsidiert, hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass es ihm lieber gewesen wäre, Baselland würde den Universitätsvertrag bereits auf Ende 2017 kündigen. «Kündigungsfristen in Verträgen haben ja den Sinn, dass beide Seiten auf diesen Zeitpunkt hin das Bisherige infrage stellen und sich neu orientieren können», erklärte Weibel der BaZ.

Vor den Verhandlungen über einen neuen Vertrag geht es zuerst um den neuen Leistungsauftrag für die Jahre 2018 bis 2021. Vertraglich zwischen den beiden Basel vereinbart ist, dass das Restdefizit «einvernehmlich» reduziert wird. So steht es in der Vereinbarung über die 80-Millionen-Zahlung und auch im vom Grossen Rat beschlosse-

nen Ratschlag zur Stärkung der Partnerschaft. Leistungsvereinbarung und Uni-Vertrag würden Gemeinsamkeiten aufweisen, meint Weibel. Deshalb müssten die Weichen bereits jetzt für den Leistungsauftrag 2018–2021 gestellt werden. Es sei wichtig, dass das Parlament dabei frühzeitig eingebunden werde, weil dieses letztlich darüber entscheide. In Aussicht gestellt war, dass die Universität bis Oktober 2016 einen Antrag stellt, wie das Restdefizit ab 2018 vermindert werden könnte.

80-Millionen-Deal läuft 2019 aus

So oder so: Der Leistungsauftrag 2018–2021 wird es nicht einfach haben, vom Parlament absegnen zu werden. Erinnert sei daran, dass der Landrat einst auch schon bei der Fachhochschule Nordwestschweiz das Veto eingelegt hat. Selbst die Finanzdirektoren Eva Herzog und Anton Lauber haben stets nur von einer vierjährigen Übergangsfrist gesprochen.

Gemäss der Finanzstrategie der Baselbieter Regierung stehen entsprechend schon ab 2019, nach dem Auslaufen des 80-Millionen-Deals, 25 Millionen Franken weniger für die Universität zur Verfügung. «Die Differenz muss in der Leistungsvereinbarung für die kommende Periode zwingend berücksichtigt werden», meint auch Weibel. In der Tat müsste die künftige Entwicklung frühzeitig bedacht werden. Schliesslich wird die Universität Basel kaum Studierenden nach der halben Studiendauer oder Doktoranden nach der halben Doktorarbeit die Exmatrikulation nahelegen.

Der Hintergrund der finanziellen Differenzen zwischen den beiden Basel um die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel ist die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der beiden Kantone. Der Kanton Baselland ist finanziell nicht mehr in der Lage, das Wachstum der Universität mitzufinanzieren. Andererseits ist Basel-Stadt nicht willens, die Universität auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Partnerkantons auszurichten. Zuletzt hat sich auch gezeigt, dass die Universität trotz einem erheblichen jährlichen Kostenwachstum in den internationalen Rankings zurückfällt.

Von den heute jährlich über 160 Millionen Franken, die Baselland an die Universität bezahlt, müsste Baselland nur gerade 40 Millionen Franken für seine Studierenden beisteuern, wenn der Kanton kein Uni-Träger wäre.



Mitsprache für den Landrat. Hanspeter Weibel dürfte die Mehrheit überzeugen, eine Begleitkommission für die Uni-Verhandlungen zu gründen. Foto Florian Bärtschiger

Entlastung für arme Familien

Wohlfahrtsverbände lancieren Volksinitiative im Baselbiet

Liestal. Am gestrigen Tag der Armut haben die Caritas beider Basel und die Basler Regionalsektion der ATD Vierte Welt im Baselbiet eine kantonale Volksinitiative auf den politischen Weg gebracht. Ziel ist, dass für Familien mit geringem Einkommen Ergänzungsleistungen bereitgestellt werden. Im Kanton Baselland leben laut den Verbänden rund 17 000 Menschen unterhalb des Existenzminimums. Darunter seien 6000 Kinder und Jugendliche.

Die Beihilfe soll vor allem alleinerziehenden Elternteilen und kinderreichen Familien mit kleinem Gehalt zugutekommen. Beide Bevölkerungsgruppen haben laut Bundesamt für Statistik ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko. Der Anspruch auf Ergänzungsleistungen, die von Kanton und Gemeinden getragen werden, soll bestehen, bis das jüngste Kind 16 Jahre alt ist. Erwerbsanreize müssten bestehen bleiben. Ein wesentlicher Vorteil gegenüber Sozialhilfe sei der Wegfall der Rückzahlungspflicht, meinen die Initianten. Die Initiative sei bewusst nicht formuliert, damit die Behörden eine ideale Lösung für die Betroffenen ausarbeiten könnten. sr

Nachrichten

Töfffahrer umgefahren und das Weite gesucht

Muttenz. An der Kreuzung Münchensteinerstrasse/Reichensteinerstrasse in Muttenz stiessen am frühen Montagmorgen ein Auto und ein Kleinmotorrad zusammen. Die Kollision war so heftig, dass der Töfffahrer stürzte und sich verletzte. Der unbekannte Autofahrer fuhr laut Polizei davon, ohne Hilfe zu leisten. Er war als Rechtsabbieger von der Reichensteinerstrasse in Richtung Münchenstein unterwegs. Die Polizei sucht Zeugen (Tel. 061 5533535).

Busbetrieb zwischen St. Jakob und Pratteln

Muttenz/Pratteln. Das Hochwasser des Sommers hat den Schotter der Tramgleise in Muttenz mit Unrat unterspült. Um die Stabilität der Gleislage gewährleisten zu können, müssen die Basler Verkehrsbetriebe den Schotter entfernen und neu auffüllen. Aus diesem Grund stellt die Traminie 14 den Betrieb zwischen 22. und 29. Oktober ein. Es wird ein Ersatzverkehr mit Bussen eingerichtet.

Knallgas explodiert bei Evonik in Rheinfelden

Rheinfelden. Am Rheinfelder Standort von Evonik Technology kam es am Samstagabend bei Reinigungsarbeiten in der Anlage zu einer Knallgasreaktion. Bis auf einen lauten Knall, welcher auch ausserhalb des Werks hörbar war, hatte der Vorfall nach Firmenangaben keine Folgen für die Umwelt.

Brandstiftung im Bürgerwindpark

Liestal. Im Windpark Saint-Brais im Kanton Jura wurde am Freitagabend Feuer gelegt. Die Anlage wird von der Liestaler Adev Energiegenossenschaft und den Gemeinden vor Ort betrieben. Beim Brand wurde die elektrische Schaltanlage in einem Nebengebäude zerstört. Die Polizei ermittelt. Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere Zehntausend Franken, der erste Bürgerwindpark der Schweiz fällt für mehrere Wochen aus.

Glückwunsch

Diamantene Hochzeit

Binningen. Den 60. Hochzeitstag begeht an diesem Dienstag das Ehepaar **Charlotte und Albert Nussbaur-Beljean**. Die BaZ gratuliert beiden herzlich und wünscht ihnen alles Gute für die kommenden Ehejahre. gratulationen@baz.ch

Schwarzfahrer werden zunehmend rabiater

Ägyptischer Messerstecher befindet sich nach Angriff auf Billett-Kontrolleur bereits wieder auf freiem Fuss

Von Aaron Agnolazza

Liestal/Pratteln. Vergangenen Donnerstagmorgen kurz vor 8.30 Uhr kam es zu gefährlichen Szenen am Bahnhof Pratteln: Als zwei Billett-Kontrolleure der Autobus AG Liestal bei den Fahrgästen eines Busses eine Kontrolle durchführten, zückte ein 29-jähriger Ägypter plötzlich ein Messer und verletzte einen der beiden (die BaZ berichtete). Wie die Polizei Basel-Landschaft mitteilte, musste der Kontrolleur mit Schnittverletzungen an der Hand und am Arm durch die Sanität Liestal in ein Spital gebracht werden.

Dass Kontrolleure im öffentlichen Verkehr tätlich angegriffen werden, ist ein Novum, wie Roman Stingelin, Geschäftsführer der Autobus AG Liestal, auf Anfrage der BaZ erklärt. «Glücklicherweise handelt es sich beim Vorfall vom letzten Donnerstag bei uns um einen absoluten Einzelfall.» Tätliche Angriffe gegenüber Kontrolleuren habe es bisher nicht gegeben, erklärt Roman Stingelin. Generell stelle er aber fest, dass das Kontrollpersonal «zunehmenden Aggressionen» ausgesetzt sei. Stingelin: «Beschimpfungen und Beleidigungen nehmen zu, vereinzelt wurden die Kontrolleure auch schon bespuckt.»

Schlimmeres verhindern konnten letzten Donnerstag wohl vor allem vier Fahrgäste, die beherzt eingriffen und den Messerstecher so lange festhielten, bis mehrere Patrouillen der Polizei

Basel-Landschaft am Tatort eintrafen. Mediensprecherin Barbara Richard sagt allerdings, dass Übergriffe auf Kontrolleure auf dem Kantonsgebiet Basel-Landschaft «kein akutes Problem» darstellten. «Es sind praktisch keine derartigen Fälle zu verzeichnen», sagt Richard.

Laut Roman Stingelin könnte das vor allem damit zusammenhängen, dass nicht bei jedem negativen Vorkommnis Anzeige erstattet werde. «Das heisst jedoch nicht, dass sich unsere Mitarbeitenden alles gefallen lassen müssen.»

Gegen den ägyptischen Messerstecher ermittelt nun die Baselbieter Staatsanwaltschaft wegen einfacher Körperverletzung und Gewalt und Drohung gegenüber Beamten. Damit drohen dem 29-Jährigen bis zu drei Jahre Haft. Mittlerweile befindet sich der Mann jedoch wieder auf freiem Fuss, wie Thomas Lyssy von der Staatsanwaltschaft bestätigt.

Verletzter arbeitet bereits wieder

Bei der Baselland Transport AG (BLT) wurden ebenfalls bisher keine körperlichen Angriffe wie in Pratteln

verzeichnet, wie Vizedirektor Alfred Schödlert sagt. «Wir schulen unsere Kontrolleure jedoch laufend in Deeskalation und Abwehr, auch in Zusammenarbeit mit Instruktoressen der Polizei.» Zudem seien die BLT-Kontrolleure «für den Fall der Fälle» mit Pfefferspray zur Selbstverteidigung ausgestattet. Schödlert: «Unsere Mitarbeitenden ziehen je nach Gefährlichkeit der Situation ausserdem die Polizei bei.»

Das Thema Sicherheit steht seit dem neusten Vorfall auch bei der Autobus AG Liestal weit oben, konkrete Massnahmen seien aber nicht geplant, sagt Geschäftsführer Stingelin. «Natürlich machen wir uns nach dem Vorfall in Pratteln weitere Gedanken zur Sicherheit unserer Kontrolleure. Für allfällige Schlussfolgerungen ist es jedoch noch zu früh.» So habe es bisher keinen Grund gegeben, das Kontrollpersonal beispielsweise mit Pfefferspray auszurüsten. Stingelin: «Bei Konfliktsituationen steht bei uns die Deeskalation im Vordergrund. So sollen gefährliche Situationen möglichst verhindert werden.» Zudem sind die Billett-Kontrolleure aus Sicherheitsgründen immer mindestens zu zweit unterwegs.

Glück im Unglück hatte der angegriffene Kontrolleur. Wie Roman Stingelin von der Autobus AG Liestal sagt, konnte er die Arbeit bereits wieder aufnehmen. «Dem verletzten Kontrolleur geht es gut, er musste aber ambulant behandelt werden.»



Nicht immer gern gesehen. Für Schwarzfahrer sind Kontrolleure in öffentlichen Verkehrsmitteln ein rotes Tuch. Foto Lea Hepp